Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

21 (26.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 21 — **Dienstag, den 26. Januar 1932** — **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die 66. Tagung des Völkerbundsrates wurde am Montag mit einer Kundgebung für Briand eröffnet.

*

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, will demnächst von seinem Amte zurücktreten.

*

Im Begleitschreiben zum Stillhalte-Abkommen finden sich zahlreiche Gründe für die deutsche Auffassung zur Reparationsfrage.

*

In einer Unterredung des Reichswehrministers Gröner fordert dieser zur Abrüstungskonferenz gleiches Recht für Deutschland.

*

Der chinesische Ministerpräsident Sinfu ist zurückgetreten, auch der Vertreter im Völkerbund, Tschen, will gehen.

*

Die amerikanische Regierung wendet sich in scharfer Weise gegen die japanischen Militärmaßnahmen in Schanghai und wird Japan eine Protestnot zustellen.

Zur Abrüstungskonferenz

Abrüstung und Vorausleistung Deutschlands

Neue Pressehetze gegen Deutschland — Schwere Mängel des Genfer Abrüstungsentwurfs Unsicherheit Deutschlands durch Umgehung der Gleichberechtigung

Von Clemens Franz Hünefeld

Ratstagung und Abrüstung werfen düstere Schatten voraus. Im allgemeinen europäischen Gespräch über die Tributkonferenz wird die Aufmerksamkeit der Welt abgezogen von den mehr lokalen Genfer Vorgängen. Die Genfer Presse treibt im Verlauf der letzten Tage Deutschenhetze mit solcher Regelmäßigkeit, solcher Planmäßigkeit, so scharfsinnig überlegten Gründen, daß die flinken Finger der französischen Völkerbundsbürokratie denn doch allzu deutlich sichtbar werden. Die Presse der französischen Schweiz gehört nicht zu der bestunterrichteten. Was jetzt deshalb an genauer Sachkenntnis und an Einblicken in die Zusammenhänge aufgebracht wird, kann nicht Geist aus dem eigenen Garten politischer Unterrichtung sein. Und die Art dieses großangelegten Ueberfalls gegen Deutschland verrät allzu deutlich eine Leitung von „höherer Warte", als daß man an eine eigene Meinung der Genfer Presse glauben könnte. Frankreich schafft durch seine Völkerbundsbeamtenschaft in Genf jetzt mit fanatischem Eifer die Atmosphäre, die ihm für seine Pläne nützlich zu sein scheint, und auch die englische Völkerbundsbeamtenschaft sieht diesem Treiben mit förderndem Wohlwollen zu, weil England für seine Marine Entlastungsmöglichkeiten vom französischen Aufrüstungswillen zu erblicken glaubt, wenn die deutschen allgemeinen Abrüstungsforderungen zugunsten der Gesamtlage Frankreichs gebremst werden können. In der augenblicklichen Genfer Werbearbeit der Entente tritt der Wille der Verdächtigung Deutschlands in der Richtung hervor, daß Deutschland durch „übertriebene Ansprüche" die Abrüstungskonferenz zum Scheitern bringen wolle, um eigene geheime Aufrüstungswünsche nunmehr in aller Oeffentlichkeit vertreten und verwirklichen zu können. Dabei leistet die englische Auffassung von der Großartigkeit und Nützlichkeit des vorliegenden Konventions-Entwurfes den Franzosen ausgezeichnete Dienste.

In Wahrheit denkt Deutschland schon aus rein finanziellen Gründen überhaupt nicht an eine Aufrüstung, wenn es in Genf die Abrüstung erreichen kann. Was das ist, wissen die Herren der Entente sehr genau, die an der Abfassung des Versailler Gewaltvertrages und an den darin enthaltenen scharfen und eindeutigen Abrüstungsbestimmungen mitgewirkt haben. In dem vorliegenden **Abrüstungsentwurf des Völkerbundes** findet sich aber nicht einmal eine formale Annäherung an die gegen Deutschland durchgeführten Abrüstungsansprüche. Uns gegenüber wandte man die einfache und durchsichtige Form der unmittelbaren Rüstungsbeschränkung an mit genauen Zahlen für Menschen und Material. Diese Regelung erfolgte auf das Gründlichste bis in die letzten und geringfügigsten Einzelheiten und zwar in solcher Schärfe, daß uns heute schon das Tief-Atem-Holen als Vorbereitung verbotener Gaskriegsrüstungen ausgelegt werden könnte. Der Genfer Konventionsentwurf, dessen Gutheißung man von uns verlangt, weicht aber dem gegen Deutschland angewandten und — wie alle Welt sieht — sehr wirkungsvollen Verfahren geflissentlich aus. Er läßt im wesentlichen allen Staaten außer dem durch Versailles gebundenen Deutschland jede Rüstungsfreiheit und will nur an die Beschränkung der Heereshaushalte mit dem offensichtlichen Wunsche herantreten, die einzige „Freiheit", die Versailles Deutschland in dieser Frage noch gelassen hat, in Zukunft zu beseitigen.

Deutschlands Anträge zum Konventionsentwurf sind wohlbegründet. Sie gehen davon aus, daß man Deutschland vor allem die Ausbildung von Reservestreitkräften durch Vorenthaltung der allgemeinen Wehrpflicht und ähnliche einengende Bestimmungen unmöglich macht, und verlangen die Uebertragung der wesentlichen Abrüstungsbestimmungen des Versailler Dokumentes vertragsgemäß auch auf die übrigen Militärstaaten. Deutschland muß um seiner Sicherheit willen verlangen, daß seine Abrüstung, wie das der Wortlaut und der Sinn der einschlägigen Bestimmungen des Versailler Gewaltvertrages vorschreiben, als Vorausleistung gewertet wird. Die Einlösung der Abrüstungsverpflichtungen aller Länder von Versailles gehört zu den grundlegenden Lebensnotwendigkeiten unseres Landes; denn in der Weltgeschichte gibt es keinen einzigen Fall, in dem ein militärschwaches Land von seinen militärstarken Nachbarn von furchtbarsten Bedrückungen und Gewaltangriffen frei geblieben wäre, nur weil es friedliebend war.

Die Machtüberlegenheit der anderen gegenüber Deutschland ist schon erdrückend, wenn man nur die Friedensstärken betrachtet. Sie wird aber phantastisch bei Heranziehung der ausgebildeten Reserven; denn diese bilden den Schwerpunkt der kriegerischen Rüstung der Militärstaaten. Allein in Deutschland ist die Stärke des Friedensheeres zugleich seine Kriegsstärke, während alle anderen Militärstaaten für den Kriegsfall die Millionenreserven ausgebildeter wehrfähiger Männer zur Verfügung halten. Foch erklärte am 26. Juni 1926 dazu: „Die Kriegsarmee wird ihren Hauptwert aus dem reichen Bestand an Reservisten ziehen." Maginto, der jüngst verstorbene Kriegsminister, sagte am 10. Dezember 1929 in der französischen Kammer: „Die Reserven sind dazu berufen, in unseren neuen Militärorganisationen eine sehr große, eine überragende Rolle zu spielen. Der Abgeordnete Cathalla war durch diese Darlegungen so zeitig beeinflußt und so stark überzeugt worden, daß er am gleichen Tage darlegte: „Wir dürfen nicht zulassen, daß in Genf die Aussprache über unsere ausgebildeten Reserven wieder eröffnet wird."

Auf diese und ähnliche Auffassungen muß zurückgegriffen werden, wenn nun die Abrüstungsfrage aufgeworfen wird. Nicht Deutschland ist dabei, nach der neuesten Unterstellung der Genfer Presse, der Störenfried. Wir würden uns dem französischen Standpunkt von Wehrpflicht und Unentbehrlichkeit der Reserven gern anschließen, wenn die einschlägigen Bestimmungen des Versailler Gewaltvertrages fallen und auch Deutschland sein Heer auf der Grundlage des Wehrgedankens und der Wehrpflicht unter Erhaltung der Wehrfähigkeit durch Reserveübungen aufbauen kann und würden in allen anderen Einzelheiten des Abrüstungsproblems nicht den mindesten Widerstand leisten, wenn man uns Gleichberechtigung gewährt. Die bleibt das Entscheidende auch für die Beschlüsse der kommenden Abrüstungskonferenz.

Eröffnung der 66. Völkerbundsratstagung

Genf, 25. Jan. Die 66. Tagung des Völkerbundsrates begann Montag vormittag mit einer nichtöffentlichen Sitzung, an die sich unmittelbar daran die erste öffentliche Sitzung anschloß. Den Vorsitz der Tagung führt Frankreich. Die französische Regierung hat den Senator Paul **Boncour** mit ihrer Vertretung beauftragt. Auf der jetzigen Tagung sind nur wenige Mächte durch Außenminister oder aktive Minister vertreten. Für Großbritannien ist Lord Robert Cecil, für Japan der Gesandte in Brüssel, Sato, für Italien der aus den Flottenverhandlungen bekannte Delegierte Russo, für Deutschland vorläufig der Gesandte Frhr. v. **Wetzsäcker** erschienen. Die heutige Tagesordnung weist nur Punkte von nebensächlicher Bedeutung auf. Das Interesse an der Tagung ist vorläufig nicht sehr groß. Unter den Anwesenden bemerkt man wiederum eine Reihe von Vertretern der Minderheiten, Danzigs und des Saargebietes. Bekanntlich enthält die Tagesordnung eine Reihe von Fragen, die sie besonders interessieren.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde auf Antrag des chinesischen Vertreters beschlossen, daß der **chinesisch-japanische Konflikt** heute nachmittag in öffentlicher Sitzung behandelt wird. Der polnische Vertreter hat in dieser nichtöffentlichen Sitzung Einwendungen gegen die **Beschwerde des deutschen Abgeordneten im Sejm**, Gräbe, wegen der Handhabung der **polnischen Agrarreform** gemacht und gefordert, daß die Angelegenheit bis zur Maitagung verschoben würde. Dem Berichterstatter wurde anheimgestellt, sich mit den interessierten Ratsmitgliedern über die Behandlung des Falles zu besprechen.

*

Der Rücktrittsentschluß Drummonds

Genf, 25. Jan. Im Anschluß an die Vormittagssitzung des Völkerbundsrates fand eine geheime Sitzung sämtlicher Ratsmitglieder statt. Nach ihrer Beendigung wurde mitgeteilt, daß man Fragen der inneren Verwaltung besprochen habe. In den Wandelgängen des Völkerbundsgebäudes verlautete jedoch, daß der Generalsekretär Sir Eric Drummond den Ratsmitgliedern von seinem Rücktrittsentschluß Kenntnis gegeben habe.

Die öffentliche Sitzung

Genf, 25. Jan. In der öffentlichen Sitzung widmete zunächst Lord Robert **Cecil** dem kürzlich zurückgetretenen französischen Außenminister **Briand**, der in den letzten Jahren ununterbrochen Frankreich im Rate vertreten hat, einige freundliche Worte. Ein Bericht über die Behandlung der Zivilluftfahrt auf der Abrüstungskonferenz wurde angenommen. Der Bericht geht auf einen Antrag der deutschen Regierung zurück, die verlangt hat, daß die Zivilluftfahrt aus der Abrüstungskonferenz herausgelassen und in einer besonderen Konvention geregelt wird.

*

Scharfer chinesisch-japanischer Zusammenstoß in der Ratssitzung

T.U. **Genf**, 25. Jan. In der Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates, in der der japanisch-chinesische Streitfall behandelt wurde, kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den Vertretern beider Länder. Der chinesische Gesandte Yen verlas eine scharfe Erklärung, in der u. a. festgestellt wird, daß japanische Truppen nach einem wohl durchdachten und brutal ausgeführten Plan die gesamte Mandschurei besetzt hätten. Japan habe das dem Völkerbund gegebene Versprechen, seine Truppen so schnell wie möglich zurückzuziehen, nicht gehalten. Der Völkerbund dürfe sich nicht mehr auf Vergleichsversuche beschränken. Die Anrufung anderer Artikel des Völkerbundspaktes werde von Tag zu Tag dringender. Es handele sich jetzt um eine Krise des gesamten Verfahren des Völkerbundes zur friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten.

Der japanische Botschafter Sato leugnete die Besetzung der gesamten Mandschurei durch japanische Truppen. Das japanische Volk sei einstimmig entschlossen, seine Rechte, von denen das Bestehen Japans abhänge, zu wahren. Japan sei im Interesse der eigenen Sicherheit gezwungen gewesen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Es werde weiterhin den Grundsatz der offenen Tür und der Gleichberechtigung der Ausländer anwenden. Vor der Prüfung neuer Maßnahmen müsse das Ergebnis des Untersuchungsausschusses abgewartet werden.

*

Völkerbundsrat nimmt Drummonds Rücktrittsgesuch nicht an

T.U. **London**, 26. Jan. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Genf hat der Völkerbundsrat in seiner vertraulichen Sitzung das Rücktrittsgesuch des Generalsekretärs Sir Eric Drummond nicht angenommen. Sämtl. Ratsmitglieder haben Drummond gebeten, seine Entscheidung zu überprüfen. Drummond versprach, der Angelegenheit noch einmal seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Bank von England zahlt die amerikanisch-französischen Kredite zurück

T.U. London, 25. Jan. Wie die Bank von England mitteilt, hat sie die Absicht, den gesamten Restbetrag des im August vorigen Jahres aufgenommenen französisch-amerikanischen Rediskontkredits in Höhe von 30 Millionen Pfund Sterling ((ca. 600 Millionen RM.) zum Fälligkeitstermin am 1. Februar zurückzuzahlen. Die Zurückzahlung werde ohne jede weitere Inanspruchnahme der Goldreserven der Bank möglich sein.

Die Mitteilung zeigt, daß sich der Status der Bank von England weiter günstig entwickelt hat und daß kaum mehr eine Gefahr für das englische Pfund besteht. Die Bank erhält damit ihre volle Bewegungsfreiheit zurück und ist in Zukunft gegen jeden französischen oder amerikanischen Druck, der auf das Pfund ausgeübt werden sollte, weitgehend geschützt. Zweifellos wird sich diese Tatsache auch politisch weitgehend auswirken.

Bankier Warburg gestorben

Neuyork, 25. Jan. Der am Sonntag abend in Neuyork verstorbene Dr. **Paul Warburg** war einer der führenden Bankiers der Vereinigten Staaten. Paul Warburg, der dem bekannten Hamburger Bankierhaus Warburg entstammt, ist 63 Jahre alt geworden. Er ist der geistige Schöpfer des amerikanischen Zentralbankensystems. Von der Stellung eines Mitgliedes des Federal Reserve Board, in die er durch Präsident Wilson im Jahre 1914 berufen worden war, trat er infolge der Anfeindungen, denen er während der Kriegsjahre als geborener Deutscher ausgesetzt war, zurück, blieb aber weiter Vizepräsident des Federal Advisory Council, des beratenden Ausschusses des Federal Reserve Board. Als Gründer (1921) und Leiter der International Acceptance Bank hat er sich an der **Vermittlung amerikanischer Kredite** an Deutschland in hervorragendem Maße beteiligt. Warburg war natürlich infolge seiner Stellung leitend in zahlreichen Bank-, Industrie- und Eisenbahn-Unternehmungen tätig. Wegen seiner Verdienste um das amerikanische Bankwesen verlieh ihm die Neuyorker Universität den Titel eines Dr. h. c. der Handelswissenschaften. Noch im vergangenen Jahr trat Paul Warburg energisch für moralische und materielle Hilfe an Deutschland ein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Ein Interview des Reichswehrministers

Paris, 25. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Volonte", hat Reichswehrminister Dr. Gröner eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet, woraus wir folgendes entnehmen:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministers in der Abrüstungsfrage?

In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Verträge von 1919 stützt. Um ihn kurz zusammenzufassen: **Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten.** Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit wie jeder andere Staat besitzt. Diese Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbständigkeit und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollkommen mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte."

Durch den **Versailler Vertrag** wurde Deutschland abgerüstet. Seine militärische Organisation wurde zerschlagen, sein Kriegsmaterial in einem ungeheuerlichen Umfang zerstört. Als Beispiel genügt es, wenn ich Ihnen sage, daß Deutschland damals 83 000 Geschütze und Minenwerfer, 14 000 Flugzeuge, 26 Großkampfschiffe abgeliefert oder zerstört hat. Ich kann mich auf das Zeugnis des Marschalls **Foch** berufen, der am 31. Januar 1927 im Heeresausschuß der französischen Kammer gesagt hat: „Ich bestätige, daß die Entwaffnung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist." Aber Deutschlands Entwaffnung war nur eine Vorleistung. **In den Verträgen von 1919 haben sich die Alliierten verpflichtet, wenn Deutschland den Weg der Abrüstung gezeigt habe, ihm auf diesem Wege zu folgen.** Dieser Weg der Abrüstung ist in den militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages festgelegt. Nur auf diese Weise wird die wahre Abrüstung verwirklicht werden. So wird auch Deutschland wieder seine nationale Sicherheit erhalten können, denn heute besteht für Deutschland keinerlei Sicherheit. Es besitzt nur 100 000 Berufssoldaten zu Lande und 15 000 Soldaten der Marine. Es hat keinerlei Reserven. Die jüngsten Soldaten des Krieges sind heute schon über 30 Jahre alt und haben in dieser Zeit nicht die geringste militärische Ausbildung genossen. Es kann keinerlei Mobilmachungsvorbereitungen treffen. Demgegenüber können die Länder, die unmittelbar an Deutschland angrenzen, im Kriege fast 10 Millionen mobilisieren. Dieser Zustand völliger Unsicherheit ist für Deutschland natürlich im höchsten Grade beunruhigend und unerträglich. Er kann nur dadurch beseitigt werden, daß die übrigen Staaten jene Abrüstungsverpflichtungen von 1919 erfüllen, deren moralische und juristische Verbindlichkeit Paul-Boncour in Genf ausdrücklich festgestellt hat.

Warum hat Deutschland den Konventionsentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission abgelehnt?

Deutschland kann nur eine Abrüstungskonvention unterschreiben, welche dem großen Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staaten Rechnung trägt und eine wirkliche Abrüstung der Welt verbürgt. Beides trifft auf den Entwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission nicht zu. Er verwirft den Grundsatz der Gleichberechtigung. Er wendet keine der Methoden des Versailler Vertrages auf die übrigen Staaten an. Er beschränkt weder die ausgebildeten Reserven noch das lagernde Material, auf denen die ungeheure Kriegsstärke moderner Heere beruht.

Es wird behauptet, daß die deutsche Flotte unterhalb der Grenze geblieben ist, die der Versailler Vertrag gezogen hat. Ist diese Auffassung richtig?

Diese Auffassung stimmt. Nach dem Friedensvertrag haben wir das Recht, abgesehen von den kleineren Schiffen, 6 Panzerschiffe und 6 Kreuzer, zusammen also 12 größere Schiffe in Dienst zu halten. Die darüber hinaus noch erlaubten Reserveschiffe — 2 Linienschiffe und 2 Kreuzer — sind dabei nicht berücksichtigt. Deutschland hat aber niemals mehr als 8 Schiffe (4 Panzerschiffe und 4 Kreuzer) in Dienst gehalten. Ferner durften wir unsere alten Panzerschiffe und Kreuzer nach 20jähriger Lebensdauer ersetzen. Da die Schiffe, die uns gelassen wurden, sämtlich überaltert waren, hätten wir in den Jahren 1921—1926 unsere sämtlichen Panzerschiffe und Kreuzer durch Neubauten ersetzen können. Tatsächlich haben wir von 1921 bis 1931 nur 1 Panzerschiff und 5 Kreuzer vom Stapel gelassen.

Wie verhält es sich in Deutschland mit der militärischen Jugenderziehung und welche Bedeutung haben Stahlhelm und die nationalsozialistischen Organisationen vom militärischen Gesichtspunkt aus?

In Deutschland gibt es keine militärische Jugenderziehung. Während in jedem anderen Lande große Organisationen bestehen, welche in Verbindung mit den Kriegsministerien die Jugend auf ihre Dienstzeit vorbereiten, hat die deutsche Armee und Marine nicht den geringsten Einfluß auf die Erziehung der Jugend. Der Sport, der in der deutschen Jugend getrieben wird, hat mit militärischer Ausbildung nichts zu tun. Ebensowenig können der Stahlhelm und die SA. der Nationalsozialisten als militärische Verbände angesprochen werden. Es fehlt ihnen vollständig an Waffen jeder Art. Die Reichswehr selbst verfügt nur über eine Garnitur an Waffen und Ausrüstung. Es wäre also unmöglich, die Wehrverbände aus Beständen der Reichswehr zu bewaffnen. Die sogenannten Wehrverbände dienen lediglich innerpolitischen Zwecken der Parteien, von denen sie abhängen. Das gleiche gilt vom Reichsheer.

Wie denken Sie über die Aussichten der Nationalsozialisten in Deutschland?

Die nationalsozialistische Bewegung ist in den letzten Jahren lawinenartig angewachsen. Ihre Führer haben sich zur Legalität bekannt. Sie wissen auch, daß die Machtmittel des Deutschen Reiches und der Länder so stark sind, daß sie auf illegalem Wege niemals zur Macht kommen würden. Ob die Partei einmal so stark werden wird, daß sie allein zur Regierung kommen kann, ohne sich durch Koalitionen mit anderen Parteien zu binden kann man heute noch nicht beurteilen. Wenn es aber etwas gibt, welches noch mehr Deutsche dazu treibt, an den bisherigen politischen Methoden zu verzweifeln und die Reihen der radikalen Parteien zu verstärken, so ist es die Politik derjenigen Staaten, die seit dem Kriege Deutschland als eine Nation zweiter Klasse behandeln und ihm selbst diejenigen Rechte vorenthalten wollen, die jedes Volk von Natur in Anspruch nimmt: das Recht auf freie Entwicklung und auf Sicherheit.

Reparationen oder Tribute?

T.U. **Berlin**, 26. Jan. In einer Stellungnahme zu der Pariser Propaganda für neue Sanktionsmaßnahmen schreibt die „Germania" u. a.: Selbst Herriot, der Abgott der Pazifisten aller Länder, rufe nach Tributsanktionen. Herriot solle doch einmal erklären, ob er von Deutschland Reparationen oder Tribute verlange. Man erinnere sich der Aufregung in Frankreich, als in einem amtlichen deutschen Dokument das Wort „Reparationen" durch „Tribute" ersetzt war. Wenn Deutschlands Zwangszahlungen dazu dienen sollen, unsere Industrie und Wirtschaft in Zukunft nieder zu halten, so habe das mit dem Begriff der Reparationen nichts mehr zu tun und wir würden zu unverhüllten Tributleistungen gezwungen sein, wie sie in längst vergangenen Jahrhunderten unterworfene Staaten an den stolzen und rücksichtslosen Sieger zu entrichten hatten. Damit verließe Frankreich endgültig den Boden jeder Wiedergutmachungsbegriffe, wie sie von Amerika ausgebildet und von den Kriegführenden akzeptiert worden seien. Warum greife der Führer der radikalen Partei nicht den Vorschlag des Sozialisten Leon Blum auf, der ein internationales Schiedsgericht zur Feststellung der tatsächlichen bisherigen Leistungen und der tatsächlich entstandenen Unkosten für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete fordert. Er würde dann mit Erstaunen feststellen können, daß diese Leistungen nicht nur sämtliche Schäden decken, sondern daß der Ueberschuß erheblich genug sei, um damit die Saargruben und darüber hinaus viele andere sequestrierte Werte zurück zu erwerben.

Caillaux für Konzessionen

Paris, 25. Jan. „Oeuvre" veröffentlicht einen Artikel des Senators **Caillaux** über die Reparationsfrage. **Er erklärt, die Welt könne nur durch Streichung der Schulden von Voll aus der Sackgasse herauskommen.** Er habe zu England das Vertrauen, daß es ihm gelingen werde, Amerika von der Schwäche seiner Stellung zu überzeugen. Damit die Engländer erfolgreich in Washington plaidieren könnten, würden sie wahrscheinlich von Frankreich verlangen, daß es auf seinen Reparationsüberschuß nach dem Youngplan verzichte. Frankreich habe die Möglichkeit dies abzulehnen. Das Recht stehe auf seiner Seite. Aber man müsse auf das Leben Rücksicht nehmen. Das Interesse Frankreichs, verbunden mit dem Interesse Europas lege Frankreich Kompromißformeln nahe. Caillaux sieht diese Gegenleistung in Form eines Wirtschaftsvertrages.

Eindruck des neuen Stillhalteabkommens

Die Gläubiger bestätigen die deutsche Auffassung

Berlin, 25. Jan. In politischen Kreisen wird das am Samstag abgeschlossene deutsche Kreditabkommen 1932 und der Begleitbericht als eine Bestätigung der von Deutschland in der ganzen Schuldenfrage immer wieder zum Ausdruck gebrachten Meinung bezeichnet. Das Abkommen sowohl wie der Begleitbericht sind in einem Ton so vollkommenster Sachlichkeit gehalten, wie er nicht besser erwartet werden konnte.

Insbesondere enthält der **Begleitbericht außerordentlich wertvolle Argumente für Deutschland.** Genau so wie alle früheren Sachverständigengutachten, insbesondere der Baseler Bericht und wie der Wiggins-Bericht bedeuten die neuen Aeußerungen der Sachverständigen **eine ernste Mahnung an die Regierungen,** zu handeln und zwar schnell zu handeln. **Es wird anerkannt, daß die deutsche Besteuerung nicht mehr erhöht werden kann, Stärker noch als in den früheren Berichten kommt zum Ausdruck, daß Deutschland nur durch Ausfuhr bezahlen kann.** In diesem Sinne geht das neue Gutachten über die früheren hinaus, als es ausdrücklich bestätigt wird, daß Deutschland die ihm zur Verfügung gestellten **Kredite im ganzen richtig und zweckmäßig verwendet hat.** Durch diese Feststellung werden die Argumente, die Deutschland gegen die von Frankreich immer wieder erhobenen gegenteiligen Anschuldigungen vorgebracht hat, in wertvoller Weise unterstützt. Wenn sogar die Kreditgeber bestätigen, daß Deutschland die ihm gewährten Kredite nicht verschleudert hat, so werden dadurch alle Vorwürfe gegenstandslos.

Aus dem Inhalt des Abkommens ist besonders bemerkenswert der Absatz über das **Kündigungsrecht, in dem ausdrücklich festgestellt wird, daß Deutschland nach dem augenblicklichen Stand seiner Wirtschaftslage nicht zahlen kann.** Der Hinweis, daß bei einer Veränderung der Lage eine erneute Prüfung durch die Gläubiger stattfinden muß, stellt eine eindeutige Erklärung dar, daß eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen für unberechtigt gehalten wird.

Zu diesem in dem Gutachten und in dem Begleitbericht selbst enthaltenen, für die Verfechtung des deutschen Standpunktes sehr wesentlichen Argument kommt nunmehr die Tatsache, daß Frankreich nicht mehr wie bisher die Verschiebung der Lausanner Konferenz mit dem Hinweis auf die noch nicht abgeschlossenen Stillhalteverhandlungen begründen kann.

Die Franzosen wollen das Stillhalteabkommen sabotieren

T.U. **Paris**, 25. Jan. Der Aufsichtsrat der Bank von Frankreich tritt am Donnerstag zusammen, um endgültige Beschlüsse über die Frage der Verlängerung des französischen Anteils an dem 100 Millionen Dollar-Kredit für die Reichsbank zu fassen. In der Pariser Presse unterstreicht man ganz besonders die Bedeutung und die Auswirkungen, die dieser Beschluß nicht nur auf den Kredit selbst, sondern auch auf das Berliner Stillhalteabkommen haben wird. Einige Blätter spielen mit der Drohung, daß die Bank von Frankreich ihren Kreditanteil nicht verlängern werde, wodurch das Stillhalteabkommen hinfällig werden würde. Weiter wird erklärt, der Bericht des Berliner Stillhalteausschusses betone, daß der deutsche Wirtschaftskörper über starke Wiederaufbaukräfte verfüge, die sofort in Erscheinung treten würden, wenn sich die internationale Lage verbessere. Die französische Regierung könne sich dieses Beweismittels bedienen, wenn sie eine endgültige Befreiung Deutschlands von den Tributzahlungen ablehne.

Poincare über den Blumenkorb Stresemanns

Paris, 25. Jan. Poincaré veröffentlicht einen Artikel im „Excelsior", in dem er sich gegen die deutsche These in der Reparationsfrage wendet. Ueber die Londoner Konferenz und den Dawesplan sei man zum Youngplan gelangt, der die Vorteile Deutschlands bedeutend verbessert habe. „Ich erinnere mich", so fährt Poincaré in dem Artikel fort, „seinerzeit den Besuch Stresemanns und anderer deutscher Staatsmänner erhalten zu haben. Sie machten aber nicht den Eindruck von Männern, denen man das Messer an die Kehle setzt. Dr. Stresemann hat sogar seiner besonderen Befriedigung dadurch Ausdruck gegeben, daß er meiner Frau einen Blumenkorb sandte. Wir haben also in voller Unabhängigkeit und in reiflicher Ueberlegung ein Abkommen getroffen, in dem so die beiderseitigen Interessen gewahrt waren. Wenn derartige Abkommen Papierfetzen werden, wie können sich die Staaten dann über irgend etwas einig werden?"

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[14

Die auffallend schöne Frau, launenhaft und verwöhnt, war seit zwei Jahren verwitwet und gab in ihrem alten Schloß Kelkenhof ein Fest nach dem anderen. Eigentlich war sie der Mittelpunkt der hiesigen Gesellschaft und jeder schätzte sich glücklich, ihr Gast zu sein. Das war auch früher schon so gewesen, als der alte Fürst noch lebte. Zuerst hatte man es nicht geglaubt, daß er der Gatte der lebenslustigen Frau war. Viel mehr hielt man ihn für ihren Vater. Aber man gewöhnte sich auch daran. Nun war er tot, und seine junge Witwe war sehr begehrt und umschwärmt. Aber so leicht gab sie den Titel nicht her. Wenn sie sich auch natürlich und nicht hochmütig zeigte, ab und zu ließ sie es sich doch merken, daß ihr der Fürstentitel sehr viel wert war und sie ihn wohl kaum jemals gegen einen einfachen Namen eintauschen würde.

Das hatte sich in letzter Zeit geändert. Die Fürstin bevorzugte Dietrich von Rheinsbergh in jeder Weise. Und heute hatte es auch Frau von Rödern offen ausgesprochen.

Und dann das andere!

Man hatte es also noch immer nicht ganz unterlassen können, auf Beziehungen zwischen Dietrich und Maria von Dörring anzuspielen. Nun, wenn Frau von Rödern Front gegen diese scheuen Bemerkungen machte, würden sie bald genug erstickt sein. Was für ein prachtvoller Mensch diese alte, gefürchtete Frau von Rödern doch war! Offen würde man natürlich nie etwas zu behaupten wagen, dafür sorgte schon Dietrichs achtunggebietende Persönlichkeit. Aber im Geheimen! Da war der stärkste Mann machtlos, wenn das giftige Gewürm fraß. Nun, die alte Rödern würde schon dafür sorgen, daß es vernichtet wurde.

Mitten in diese Beruhigung stieg es wie ein Gespenst vor Frau von Löwenried hoch.

Elmes unverständliche Abwehr gegen Dietrich von Rheinsbergh! Hatte man etwa gewagt, auch ihr dieses Gift einzuspritzen, und sah sie in Dietrich nun in jeder Beziehung den Vernichter einer glücklichen Jugend und Kindheit, soweit es sie selbst betraf? Dann — dann war es aber doch Sünde, noch länger zu schweigen, dann mußte Elme es erfahren, was Dietrich für sie getan hatte. Frau von Löwenried konnte nicht länger untätig dasitzen. Die Mädels waren auf den Tennisplätzen an der Eilenried und waren vorerst auch noch nicht zu erwarten. Dietrich mied in den letzten Tagen ihr Haus. So rief Frau von Löwenried kurz entschlossen draußen in Rheinsbergh an.

„Guten Tag, Tante! Gerade wollte ich auf die Felder hinausgehen. Es ist doch nichts Unangenehmes, daß du jetzt anrufst?"

„Tag, Dietrich! Es handelt sich um dich. Vielmehr auch um Elme. Mir kam der Gedanke, daß irgend jemand ihr etwas — etwas — du weißt schon — eingeflüstert haben könnte. Und nun sieht sie vielleicht in dir den Vernichter des Glücks ihrer Eltern. Die Wahrheit wird ihr ja kaum einer über ihren Vater sagen, und nun kommt noch dazu, daß du tatsächlich der Besitzer von Werdenberg bist. Wäre es nicht besser, sie würde die ganze Wahrheit erfahren?"

Dietrich von Rheinberghs Stimme klang hart, als er sagte:

„Ich wüßte nicht, daß ich mich über das Benehmen Elmes beschwert hätte. Es ist ihr gutes Recht, sich unliebsame Menschen vom Halse zu halten. Sie soll ruhig schlecht von mir denken. Solltest du recht haben mit deiner Befürchtung, nun, so wird die Gewißheit, daß ich ihr Werdenberg sichergestellt habe, sie nicht abhalten, an das andere zu glauben. Laß alles seinen Gang gehen, Tante. Elme fühlt sich anscheinend ganz wohl jetzt, und es ist ihr doch wirklich zu gönnen!"

„Ja, ich vermisse aber dein Kommen. Und ich kann es nur mit Elme in Verbindung bringen, daß du uns jetzt so wenig besuchst."

„Sobald die dringendsten Arbeiten erledigt sind, komme ich sehr gern wieder öfter."

„So? Ich will es hoffen. Und schiebe es nicht so lange hinaus, bis ich mit den Mädels nach Zoppot gehe! Das wird Anfang Juli sein."

„Ich werde es möglich machen, am Donnerstag zum Tee bei euch zu sein, Tante. Wo sind die jungen Damen bei dem heute ganz besonders verlockendem Wetter?"

„Alle drei auf den Tennisplätzen an der Eilenried. Herr von Dortlingen ist auch mit und seine beiden Vettern, die Offenburgs. Dann noch der Sohn vom Oberbergrat Mütze und dessen älteste Schwester Leonie, die mit Architekt Frederdorf verheiratet ist."

„So! Nun, es wird jedenfalls sehr amüsant sein."

„Es wäre besser, du würdest dich daran beteiligen. Du bist viel zu einsam in Rheinsbergh. Fürstin Saboffsky meinte es neulich auch."

Ein leises Lachen klang im Apparat.

„Die Fürstin könnte wohl kaum einen Tag lang ohne Geselligkeit sein — das glaube ich ihr gern. Doch mir ist Einsamkeit Bedürfnis. Also auf Wiedersehen am Donnerstag. Schilt mich nicht unhöflich, Tante; aber ich muß fort — Bernd, mein Inspektor, wartet."

„Auf Wiedersehen, Dietrich! Ich freue mich auf Donnerstag. Soll ich noch ein paar Gäste einladen?"

„Das stelle ich ganz dir anheim, Tante! Mir ist beides recht."

„Dann auf Wiedersehen, Dietrich!"

„Auf Wiedersehen, Tante!"

Frau von Löwenried war zufrieden.

Die Fürstin würde in Dietrichs Leben nichts zu bestellen haben. Sein Lachen hatte es ihr bewiesen. Und das war gut so. Oder hatte er sie am Ende nur ablenken wollen? Gefiel ihm die schöne, elegante Frau?

Nein, unmöglich! So etwas heiratete Dietrich von Rheinsbergh nicht.

Elme!

Schlank, zierlich, wunderschön, mit den rotblonden Locken und den seltsamen Augen stellte sie sich vor Frau von Löwenrieds geistigem Auge neben die hohe Figur Dietrichs.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg